

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementpreis Mit 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: W. Kaiser, Berlin.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steinbrenner, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Am Köpenicker Park 2.

Inserate für die viergespaltene Pettzelle oder deren Raum 1 Mk.
Berechnungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 50 Pfg.
Versammlungsanzeigen 80 Pfg.

Jederzeit kampfbereit!

Die Uberschrift klingt kriegerisch, und ängstliche Gemüter könnten aus ihr schließen, daß die Holzarbeiter sich schon wieder mit dem Plan tragen, eine allgemeine Lohnbewegung einzuleiten. Die Lage vieler unserer Kollegen würde zwar einen solchen Schritt rechtfertigen, er ist aber nicht beabsichtigt; bestanden wir uns doch noch bei der Durchführung der Vereinbarung vom 27. November 1917, und die zweite Rate der dort bewilligten Lohnerhöhung ist erst soeben in Kraft getreten. Wenn dieser Ausdruck auch etwas zu weit gefaßt ist, so kann man doch mit einer gewissen Berechtigung sagen, daß sich das deutsche Holzgewerbe zurzeit im tiefsten Frieden befindet. Trotzdem oder gerade deshalb richten wir an unsere Kollegen den Mahnruf: Jederzeit kampfbereit!

Unternehmer und Arbeiter haben das gemeinsame Interesse an der Blüte des Gewerbes. Um die gewerblichen Leistungen zu heben, dem Gewerbe reichliche und lohnende Aufträge zuzuführen, Schädigungen der verschiedensten Art von ihm fernzuhalten, können die Organisationen der Unternehmer und der Arbeiter ein gut Stück Weges zusammengehen. Sie können zur Erreichung eines bestimmten Zweckes eine gemeinsame Kampffront bilden, wie das besonders während des Krieges aus verschiedenen Anlässen geschehen ist. Aber darüber darf die Tatsache nicht vergessen werden, daß zwischen Unternehmern und Arbeitern unüberbrückbare Gegensätze bestehen. Dieser Gegensatz hat uns dazu geführt, zur Wahrnehmung der Arbeiterinteressen Gewerkschaften zu bilden. Unsere Organisation kann ihre Aufgabe nur erfüllen, wenn alle Mitglieder unausgesetzt auf dem Posten und jederzeit bereit sind, ihrer Organisationspflicht zu genügen.

Die Ursache des Interessengegensatzes zwischen Unternehmer und Arbeiter ist der Streit um die Verteilung des Arbeitsertrages. Hierbei befindet sich der Unternehmer an und für sich im Vorteil. Er ist im Besitz des Kapitals, er verfügt über das Material, über die Maschinen und die Werkzeuge, während der Arbeiter allein seine Arbeitskraft sein eigen nennt. Wo der einzelne Arbeiter dem Unternehmer gegenübersteht, da kann dieser den Anteil des Arbeiters am Ertrage der Arbeit bestimmen. Unter normalen Verhältnissen ist die Zahl der Arbeiter, die ihre Arbeitskraft anbieten, so groß, daß der Unternehmer eine Auslese halten kann und nur den zu beschäftigen braucht, der mit dem Lohn und den Arbeitsbedingungen, die ihm der Unternehmer bietet, einverstanden ist. Dem Unternehmer gegenüber ist der einzelne Arbeiter ohnmächtig.

Das Verhältnis ändert sich aber, wenn sich die Arbeiter miteinander verbinden und nach einem gemeinsamen Plan operieren. Wenn der Arbeiter als Glied seiner Organisation dem Unternehmer gegenübertritt, dann hat sich seine Kraft vervielfacht. Jetzt ist der Unternehmer nicht mehr sein unumschränkter Herr und Gebieter, sondern er ist gezwungen, sich mit der Arbeiterorganisation über die Arbeitsbedingungen zu verständigen. Die Unternehmer haben sich der Erkenntnis von der Macht der Organisation nicht verschlossen. Sie haben daraus die Nutzenwendung gezogen und sich auch ihrerseits organisiert. Nun steht die Organisation gegen die Organisation, und bei dem Streit um die Verteilung des Arbeitsertrages schneidet die Partei am besten ab, die über die beste Organisation verfügt.

Die organisatorische Zusammenfassung der Unternehmer ist viel leichter als die der Arbeiter. Ihre Zahl ist viel kleiner, sie können sich schneller und bequemer miteinander verständigen. Diesen Vorsprung können die Arbeiter nur ausgleichen durch um so größere Begeisterung für ihre Sache. Der Arbeiter muß sich der Bedeutung seiner Organisation stets bewußt sein. Er muß unablässig werben, um auch die Kollegen dem Verband zuzuführen, die die Notwendigkeit des festen Zusammenhalts der Arbeiter noch nicht begriffen haben. Die Gewerkschaft bedarf zur Erfüllung ihrer Aufgabe einer großen Mitgliederzahl, ihr sollten möglichst alle Berufsgenossen angehören. Ihre volle Kraft kann sie aber nur entfalten, wenn die Mitglieder am Organisationsleben fortwährend tätigen Anteil nehmen, wenn sie jederzeit kampfbereit sind.

Unser Verband ist eine Kampforganisation. Wo wir unsere Interessen als Arbeiter wahrzunehmen haben, macht uns das Unternehmertum freiwillig keine Zugeständnisse, das ginge gegen seine Natur. Wir müssen um den angemessenen Anteil am Arbeitsertrag, um günstige Lohn- und Arbeitsbedingungen kämpfen. Die wichtigste Waffe im wirtschaftlichen Kampf ist die organisierte Arbeitsverweigerung. Der Streik ist eine zweischneidige Waffe, sie schlägt auch der Arbeiterschaft Wunden, die sich ihrer bedient, aber trotzdem werden wir nie auf sie verzichten, denn das liegt uns selbst aufgeben.

Der Streik ist unsere wichtigste Waffe, aber sie ist das letzte Mittel, dessen wir uns bedienen, um unseren Zweck zu erreichen. Je stärker eine Gewerkschaft ist, um so seltener wird sie genötigt sein, Streiks zu führen. Die Stärke der Organisation ist ein gewichtiges Argument bei den Ver-

handlungen mit den Unternehmern. Hinter unseren Forderungen steht stets unausgesprochen die Drohung mit dem Streik bei Nichterfüllung. Das wissen die Unternehmer, und danach richten sie ihr Verhalten ein. Glauben sie, die Arbeiterorganisation nicht fürchten zu müssen, dann zeigen sie ihr auch kein Entgegenkommen. Sie sind aber unseren Wünschen viel zugänglicher, wenn sie unsere Macht kennen und wissen, daß hinter unseren Forderungen der starke Wille und die Kraft steht, sie durchzusetzen.

Wollen wir uns günstige Arbeitsbedingungen mit möglichst geringen Opfern erringen, dann muß unsere Organisation stets kampfbereit sein. Dazu gehört die unaufhörliche Werbung von neuen Kämpfern für unser Heer. Jedes Mitglied muß aber auch mit Leib und Seele bei der Organisation sein. Wer nur zahlendes Mitglied ist, erfüllt seine Verbandspflicht kaum zur Hälfte. In den Versammlungen spielt sich das Leben der Organisation in der Hauptsache ab. An ihnen sollte jeder teilnehmen. Lehrend und lernend müssen wir uns über die Aufgaben und Ziele der Arbeiterbewegung unterhalten. Das Gefühl der Zusammengehörigkeit kann in den Versammlungen am besten gepflegt werden. Mögen in den Aussprachen auch in dieser oder jener Frage verschiedene Meinungen geäußert werden, so dürfen wir darüber doch nie vergessen, daß wir zusammengehören. Die Einigkeit der Arbeiterschaft ist die Voraussetzung für den Erfolg unserer Bestrebungen. Wenn auch Meinungsverschiedenheiten in Einzelfragen bestehen, so muß doch über das Ziel, das wir erstreben, volle Einigkeit herrschen. So schärfen wir unsere Waffen, so machen wir uns tüchtig, und mit Recht können wir von uns sagen: Wir sind jederzeit kampfbereit!

Unser Verband und der „Volksbund für Freiheit und Vaterland“.

Der Beitritt der Generalkommission zum „Volksbund für Freiheit und Vaterland“ hat da und dort auch bei unseren Kollegen Anlaß zu Diskussionen gegeben. Es erscheint deshalb angebracht, den Vortrag, den unser Verbandsvorsitzender, Kollege Leipart, vor einer Delegiertenversammlung unserer Berliner Verbandsmitglieder über dieses Thema gehalten hat, in kurzen Zügen auch an dieser Stelle wiederzugeben.

Kollege Leipart führte aus, daß einen Volksbund für Freiheit sich wohl jeder gefallen lassen würde, nur daß es auch ein Volksbund fürs Vaterland sei, erzeuge bei manchen Kollegen Anstoß. Wenn wir auch das Hauptgewicht auf das Streben nach Freiheit legen, so brauchen wir es doch nicht abzulehnen, auch für das Vaterland einzutreten. Was ist unser Vaterland? Der Dichter antwortet auf diese Frage: „Soweit die deutsche Junge klingt.“ Fragt man den einzelnen näher, dann bezeichnet er sich als Schlesier, als Bayer, als Rheinländer oder als Hamburger, als Magdeburger usw. Das ist auch bei den Arbeitern so. Wie stark auch bei den Arbeitern die Liebe zur Heimat ist, kann man am besten im Ausland erkennen. Wo sich in einer Stadt des Auslandes ein Dutzend organisierte Arbeiter zusammensinden, da gründen sie gewiß einen deutschen Arbeiterverein. Es ist also nicht wahr, daß die Liebe zur Heimat und zum Vaterland den Arbeitern unbekannt sei. Wir haben uns stark getroffen gefühlt, als man uns vor Jahren als „eine Horde von Menschen“ bezeichnet hat, „nicht wert, den Namen Deutsche zu tragen“. Mit Enttäuschung haben wir es zurückgewiesen, als man uns aufforderte, den deutschen Stolz von den Pantoffeln zu schütteln.

Es ist richtig, daß von den herrschenden Klassen viel Mißbrauch mit dem Begriff des Vaterlandes getrieben wird. Die Ansicht, als ob ihr egoistischer Patriotismus nur die allein echte Vaterlandsliebe sei, muß ihnen aber für alle Zeiten genommen werden, dadurch, daß wir unser Dasein und unsere Rechte noch stärker betonen und den wahren Begriff des Vaterlandes zur Geltung bringen. Dieses Verständnis zum Vaterland ist keine neue Erscheinung; wir haben es auch vor dem Krieg abgelegt. Stets haben wir gefordert, daß die Einrichtungen in Deutschland so gestaltet werden, daß sich alle Einwohner, auch die Arbeiter, im Vaterland glücklich fühlen. Um das zu erreichen, streben wir ja von jeher nach der Mitarbeit in der Gemeinde, im Staat und im Reich. Aus seinen Erfahrungen durch die Teilnahme an Kongressen in einer ganzen Reihe von fremden Ländern kann der Redner sagen, daß die fremdländischen Arbeiter im allgemeinen mit Stolz von ihrem Vaterland sprechen. Das gilt sowohl von den Franzosen wie Engländern und Italienern, nicht minder von den Skandinaviern. Auf skandinavischen Arbeiterkongressen ist es üblich, daß Fähnchen in den Landesfarben auf den Tischen stehen. So wollen auch wir dahin streben, daß auch der deutsche Arbeiter stolz auf sein Vaterland wird. Unser Vaterland gehört nicht nur den Kapitalisten, es gehört auch uns, den Arbeitern, die wir die große Mehrheit des deutschen Volkes bilden. Wir wollen Deutschland auch zu unserem Vaterland machen.

Daß der Volksbund auch für das Vaterland wirken will, hat noch die besondere Bedeutung, daß er im Sinne der

Arbeiter eintritt für die baldige Beendigung des Krieges, für einen Verständigungsfrieden, für die Wiederherstellung freundschaftlicher Beziehungen zwischen den Völkern. Der Volksbund kämpft im Interesse des Vaterlandes gegen die Fortsetzung des Krieges, gegen Annexionen, gegen einen Gewaltfrieden und gegen die sogenannte Vaterlandspartei.

Die Vaterlandspartei ist die eigentliche Ursache für die Gründung des Volksbundes. Noch nie hat eine Volksbewegung so schnell einen so großen Anhang gewonnen, noch nie sind aber auch solche große Mittel angewendet worden, wie es von der Vaterlandspartei geschieht. Sie vergiftet und verfälscht die öffentliche Meinung, wenn ihr kein Gegengewicht geboten wird. Die Vaterlandspartei behauptet von sich, daß sie keine politische Partei sei. In Wirklichkeit verfolgt sie natürlich politische Bestrebungen, aber hinter diesen stecken doch in der Hauptsache die großen wirtschaftlichen Interessengruppen. Die Industriekönige opfern Millionen für die Vaterlandspartei, um ihre wirtschaftlichen Interessen zu fördern. Sie wollen die Herren bleiben und ihre Macht und ihren Einfluß nicht preisgeben. Sie wollen dem Volk das Wahlrecht vorenthalten, nichts von einer Neuorientierung wissen. Kein Aufstieg der Arbeiterklasse, keine Aufhebung des § 153 der Gewerbeordnung, keine Arbeitskammern und keine gesetzliche Vertretung der Arbeiter, keine paritätischen Schlichtungsstellen, keine gesetzliche Regelung des Arbeitsnachweises, keine Tarifverträge, keine gesetzliche Arbeitslosenunterstützung. Wegen alle diese Forderungen der Arbeiter im sogenannten „neuen Deutschland“ richten sich die Bestrebungen der Vaterlandspartei. Um diese Forderungen abzuwehren, opfern die Unternehmer große Summen. In einem Jahre wurden allein für die Bearbeitung der Presse 20 Millionen Mark ausgegeben. Diese Summen sind so groß, daß es leider ganz unmöglich ist, mit der Vaterlandspartei in dieser Hinsicht in Konkurrenz zu treten. Der Volksbund kann dieser starken Kapitalmacht nur durch die große Zahl seiner Anhänger entgegentreten.

Die Generalkommission und die Verbandsvorsitzenden glaubten es der Arbeiterschaft und der Masse des Volkes schuldig zu sein, dem Ruf zur Schaffung eines Bundes gegen die Vaterlandspartei Folge zu leisten. Die Frage ist vorher allen Verbandsvorsitzenden vorgelegt worden, jeder Vorstand hat für sich darüber beraten. Nur sechs Vorstände haben sich dagegen erklärt, hauptsächlich aus Gründen der politischen Neutralität. Auch unser Verbandsvorsitzender hat dabei den Standpunkt der politischen Neutralität aufs neue betont, er ist aber dennoch für den Anschluß an den Volksbund eingetreten unter der Voraussetzung, daß es sich um eine Kriegsmäßnahme handle und die Mitwirkung sich auf die Zeit des Krieges und auf das notwendigste Maß beschränke. Unsere Vertreter sollen nicht ohne weiteres alle Veranstaltungen mitmachen, die dort unter Umständen vorgeschlagen werden können. Die Gewerkschaften haben ein großes Interesse daran, hier mitzuwirken, um möglichst positive Politik zu treiben. Mag auch die Kraft der Christlichen und der Hirsch-Dunderschen im einzelnen geringfügig sein, so ist doch durch ihre Verbindung mit politischen Parteien mancher positive Fortschritt erreicht worden.

Der Volksbund setzt sich zusammen aus den der Generalkommission angeschlossenen Gewerkschaften, den christlichen Gewerkschaften, den Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften, der polnischen Berufsvereinigung, einigen Angestellten- und Beamtenverbänden und Einzelpersonen, Professoren, Sozialpolitikern usw. Es sind also fast ausschließlich oder doch in der Hauptsache Vertreter der Arbeiter und der Angestellten, die sich im Volksbund vereinigt haben. Wenn sich der Bund trotzdem als „Volksbund“ bezeichnet und nicht als Bund der Arbeiter oder der Gewerkschaften, so hat er seinen Namen mit Recht gewählt, denn es handelt sich nicht um unsere Interessen als Arbeiter, sondern als Volksgenossen. Die Arbeiter bilden die Mehrheit des Volkes. So wie wir unsere großen öffentlichen Versammlungen als Volksversammlungen bezeichnen, in dem gleichen Sinne konnte auch dieser Bund als Volksbund errichtet werden. Auch das Programm des Bundes ist in der Hauptsache ein Arbeiterprogramm; die Forderungen des Bundes liegen aber ebenso im Interesse des ganzen Volkes, wie wir das von unseren Arbeiterforderungen noch stets mit gutem Grund behauptet haben. Alle Organisationen, die dem Volksbund beigetreten sind, haben das selbstverständlich getan unter Wahrung ihrer gegenseitigen Unabhängigkeit und unter Vorbehaltung des Rechts des jederzeitigen Rücktritts.

Das Zusammenarbeiten mit anderen Organisationen ist nicht erst eine Folge des Krieges. Unser Verband hat schon seit mehr als zehn Jahren bei Lohnbewegungen mit der christlichen und der Hirsch-Dunderschen Organisation zusammengewirkt. Nehalica liegt es bei anderen Verbänden. Aber auch die Gesamtheit der Verbände hat schon gemeinsam operiert. So ist im Jahre 1911 der Holzarbeiterkongress mit den Christlichen und den Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften und der Gesellschaft für Soziale Reform veranstaltet worden.

Bis zum Ausbruch des Krieges hat man sich allerdings vielfach gegen uns abgeschlossen, man hat aber jetzt allmählich eingeschlossen, daß sich die Arbeiter nicht dauernd zurückdrängen und ausschalten lassen. Mit Genugtuung können wir feststellen, daß die Gewerkschaften während des Krieges an Ansehen und Einfluß gewonnen haben. Heute weist man uns nicht mehr zurück, man ladet uns im Gegenteil zur Mitarbeit ein. Die Gewerkschaften sind jetzt durch die Generalkommission vertreten und beteiligt am Verein für Wohnungsreform, an der Volksbildungsvereinigung, der Vereinigung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, der Gesellschaft für Soziale Reform, dem Arbeiterrechtsausschuß und noch verschiedenen anderen Organisationen. Fast an allen diesen Vereinen sind auch die Christlichen und die Hirsch-Dunderschen beteiligt. Sie waren zum Teil schon früher dort und haben als die Arbeitervertreter das Wort geführt, nicht immer in unserem Sinne. Ihnen fehlte oft die Einsicht in die Noie der Arbeiter, noch öfter die Entschiedenheit zur entschlossenen Vertretung der Arbeiterinteressen. Unser Einfluß ist größer, weil wir eine viel größere Macht darstellen. Es ist auch besser, wenn wir die Arbeiterinteressen selbst vertreten, statt es anderen zu überlassen.

Daß sich aus diesem Zusammengehen ein praktischer Nutzen für die Arbeiter ergibt, sieht man aus den Ergebnissen. Im letzten Jahr wurde eine Reihe von Forderungen in gemeinsamen Eingaben erhoben. So im März 1917 eine Eingabe betreffend Sicherung der Rechte der Arbeiter in den staatlichen Monopolbetrieben; im Juni 1917 eine Eingabe betr. Soziale Forderungen bei der Regelung des Übergangs von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft; im November 1917 betr. Erhöhung der Sätze für die Leistungen der Kranken- und Invalidenversicherung; im Dezember 1917 betr. Durchführung des Hausarbeitsgesetzes und der Versicherung der Hausgewerbetreibenden. Im gleichen Monat wurde ein Entwurf für Arbeitskammern und für das gewerbliche Einigungswesen eingereicht. Frühere Eingaben betrafen die Regelung des Arbeitsnachweises. In Vorbereitung ist ein Entwurf für gesetzliche Arbeitslosenversicherung und ein anderer über den Schutz der Tarifverträge durch gesetzliche Einführung des kollektiven Arbeitsvertrages.

Bei all diesen gemeinsam aufgestellten Forderungen haben wir auf keinen unserer Grundsätze verzichten brauchen. Wir haben uns also nichts vergeben, sondern erreicht, daß unsere Forderungen sich in der öffentlichen Meinung einen stärkeren Eindruck verschafft haben. Zugleich haben wir verhindert, daß von den anderen Richtungen andere oder geringere Forderungen aufgestellt wurden, die von den Gegnern dann gegen uns ausgespielt werden konnten. Wie beim Lohnkampf, so liegt es auch bei den erwähnten Fragen im Interesse der Arbeiter, daß möglichst die gesamte Vertretung der Arbeiterschaft gemeinsam nach einem einheitlichen Ziele strebt. In den sozialpolitischen Fragen hat das Zusammengehen der wirtschaftlichen Organisationen überdies den großen Vorteil, daß dadurch auch die politischen Parteien in den gesetzgebenden Körperschaften mehr oder weniger gebunden werden. Durch ihr Verhältnis zur Zentrumspartei ist der politische Einfluß der christlichen Gewerkschaften größer, als es ihre gewerkschaftliche Bedeutung rechtfertigt. Ebenso legen die liberalen Parteien Wert darauf, die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften möglichst zufriedenzustellen und sich ihre Freundschaft zu erhalten. Diese bürgerlichen Parteien aber bilden mit der Sozialdemokratie die Mehrheit im Reichstag. So war es bisher schon möglich, einen solchen Druck auf die Regierung auszuüben, daß sie zu wiederholten Malen unserer Wünschen nachgeben mußte. So steht fest, daß es durch das Zusammenwirken der Gewerkschaften mit den Parteien gelungen ist, aus dem Hilfsdienstgesetz etwas ganz anderes zu machen, als die Regierung mit ihrer Vorlage beabsichtigt hatte. Die Regierung hat die Vorlage eines Arbeitskammergesetzes und die Befreiung des § 153 der Gewerbeordnung angeündigt. Auch die Wahlrechtvorlage ist nicht zum wenigsten dem Zusammenwirken der wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter mit den politischen Parteien zu danken. Unsere Aufgabe muß es dabei sein, dahin zu wirken, daß die bisher gemachten Besprechungen sich zu Taten verdichten.

Bei dem Anschluß der Gewerkschaften an den Volksbund hat es sich um nichts weiter gehandelt, als darum, unseren Gewerkschaften Einfluß zu verschaffen. In dem Streben nach Einfluß und Macht waren wir bisher noch immer einig. Die Stimme der Arbeiter soll gehört werden. Die heutige Zeit ist weit mehr geeignet als jemals früher, uns Gehör zu verschaffen. Sollen wir ruhig bleiben und gleichgültig hinnehmen, was im Lande und im Volke vorgeht, wo wir doch die Macht im Staate gewinnen wollen? Sollen wir den Leuten von der sogenannten Vaterlandspartei das Feld allein überlassen?

Es steht Großes auf dem Spiele, besonders für die Zukunft der Arbeiterklasse. Das Gesäufel von Burgfrieden ist längst dahin, statt dessen haben wir den Kampf um die Macht. Wir stehen unablässig im Kampf für die Rechte der Arbeiter und die Interessen der Arbeiterklasse. Unsere zahlreichen Erfolge und der erfreuliche Zustand neuer Mitglieder sagen uns, daß wir uns auf dem rechten Wege befinden. Auch die Mitarbeit im Volksbund ist uns nur Mittel zum Zweck, ein Mittel zur Wahrnehmung und entschiedenen Vertretung der Arbeiterinteressen.

Die Geschäftslage in der Holzindustrie.

Februar.

In der Beschäftigung der deutschen Industrie ist auch im Februar eine wesentliche Veränderung nicht eingetreten. Das „Reichs-Arbeitsblatt“ sagt in seiner umfassenden Uebersicht: „Da sich die Volkswirtschaft vollkommen auf die Kriegsverhältnisse eingestellt hat, können größere Schwankungen nicht leicht vorkommen. Die Beschäftigung hielt sich auch gegenüber dem Vorjahr ungefähr auf derselben Höhe. Einige Industriezweige, an die besondere Anforderungen infolge des Krieges gestellt werden, konnten eine weitere Verbesserung ihres Geschäftsganges nachweisen.“ Im Gegensatz zu anderen Gewerben ist die Lage im Baugewerbe weniger günstig, auf dem Baumarkt war es im Berichtsmonat noch ruhiger als in den letzten Monaten.

Die Berichte der Unternehmer über die Lage in den einzelnen Zweigen des Holzgewerbes werden im „Reichs-Arbeitsblatt“ diesmal sehr summarisch wiedergegeben. Es heißt dort: „Die Berichte über die Zweige der Holzindustrie lauten im allgemeinen für Februar sehr günstig. Gegenüber dem Vorjahr ist die Beschäftigung fast durchweg gleich lebhaft geblieben. Besonders gut hatten die Fabrikanten zu tun, die sich gesteigerten Abzuges erfreuten. Die Rohwarenindustrie hatte größere Aufträge als im Januar zu erledigen.“

Bei der vom Deutschen Holzarbeiter-Verband veranstalteten monatlichen Erhebung über den Beschäftigungsgrad wurden im Monat Februar wieder 151 Betriebe erfaßt. Das Ergebnis der Erhebung in den einzelnen Zweigen des Gewerbes zeigt die folgende Zusammenstellung:

Berufszweig	Veränderung im Vergleich mit dem Vorjahr	Anzahl der Betriebe	Anzahl der Arbeiter	Anzahl der Arbeiter im Vergleich mit dem Vorjahr	Beschäftigung						
					sehr gut	gut	schlecht				
Möbel	41	5453	2346	455	4	785	29	5147	51412	8	109
Bau und Möbel	10	1021	363	39	17	—	—	8	712	2	309
Weißes Möbel	2	252	157	1	—	—	—	2	252	—	—
Dugumöbel	2	500	298	8	17	—	—	2	432	1	68
Bau	4	329	306	—	37	—	—	2	170	—	2
Stühle	11	666	508	40	27	—	—	3	238	—	—
Pianos und Flügel	18	2513	3211	122	85	—	—	9	1162	7	713
Strom- und Musikinstr.	4	772	175	24	9	—	—	1	600	2	88
Särten u. Wästel	18	2962	1822	103	38	—	—	1	249	7	135
Wäsche	4	1293	465	3	10	—	—	—	175	—	3118
Werkzeug	8	2749	245	52	35	—	—	4	1158	—	1
Flugzeuge	11	4958	9	388	189	—	—	7	3430	4	1438
Waggons	9	2366	330	25	58	—	—	1	105	5	742
Sport- u. Kinderw.	2	434	414	13	9	—	—	—	—	—	2
Automobile	3	190	8	12	4	—	—	1	65	1	40
Schneemaschinen	3	468	604	6	21	—	—	3	295	2	35
Zusammen	151	26770	11945	1255	1030	174054	8914588	37252	8	843	9
Im Vormonat	151	26523	11842	1150	711	268575	8213048	346107	9	709	9

Die Zahl der Beschäftigten hat im Februar wieder eine Steigerung erfahren, die im Vergleich zum Vorjahr sogar

recht beträchtlich ist. Im Februar 1917 wurden in 152 Betrieben 23 385 beschäftigte Arbeiter gezählt; im Januar 1918 waren es in 151 Betrieben 26 523, und der Februar brachte in den gleichen Betrieben eine Steigerung auf 26 738. Am erheblichsten war die Zunahme in den Flugzeugfabriken. Was den Geschäftsgang anbelangt, so hat sich die Zahl der Arbeiter in Betrieben mit sehr gutem Geschäftsgang erheblich verringert, dagegen ist die auf beschäftigten und gut beschäftigten Betriebe entfallende Arbeiterzahl gestiegen, während sich die Zahl der Arbeiter, die auf schlecht beschäftigten Betrieben entfallen, ziemlich unverändert auf dem niedrigen Stand gehalten hat. Von je 100 Arbeitern kamen auf Betriebe mit Geschäftsgang:

	Sehr gut	Gut	Befriedigend	Schlecht
Februar 1917	21,9	54,6	20,7	2,8
Januar 1918	24,8	46,2	28,0	3,0
Februar 1918	15,2	54,6	27,1	1,0

Nach der Verichterstattung der Krankenkassen über ihren Mitgliederstand am 1. März, der sich auf 5151 Rassen erstreckt, gegen 5045 im Vormonat, ist eine Verminderung der Zahl der Versicherten eingetreten. Die berichtenden Rassen hatten am 1. Februar 3 518 835 männliche, 3 776 989 weibliche, am 1. März 3 523 523 männliche, 3 765 901 weibliche versicherungspflichtige Mitglieder abzüglich der arbeitsunfähigen Kranken. Hiernach haben die männlichen Beschäftigten um 3687 oder 0,1 Prozent zu- und die weiblichen um 11 088 oder 0,3 Prozent abgenommen. Insgesamt ist die Anzahl der Beschäftigten um 7401 oder 0,1 Prozent gefallen. Bereits im Vormonat ist ein Rückgang der versicherungspflichtigen Rassenmitglieder festgestellt worden, der bei den männlichen 0,1, bei den weiblichen 0,9 Prozent betrug. Dieser Rückgang ist noch verhältnismäßig gering; auffällig ist es aber, daß die Zahl der weiblichen Arbeiter stärker zurückgeht als die der männlichen. Trotzdem überwiegt, wenigstens bei den berichtenden Rassen, das weibliche Element.

In den genannten Zahlen sind auch die Angaben für die besonderen, beruflich gegliederten Rassen enthalten. Die Holzindustrie ist dabei vertreten mit 5 Ortskrankenkassen und 20 Innungs- und Ortskrankenkassen der Tischler und 72 Betriebskrankenkassen aus der Industrie der Holz- und Schnitzstoffe. Diese 97 Krankenkassen hatten am 1. März 22 858 männliche und 8260 weibliche Mitglieder. Gegenüber dem Stand am 1. Januar bedeutet das eine Zunahme der männlichen Mitglieder um 275 und der weiblichen um 113.

Ueber den Stand der Arbeitslosigkeit am Schluß des Monats Februar haben 34 Gewerkschaften mit insgesamt 1 192 399 Mitgliedern berichtet, von denen 1 126 768 durch die Föhlung erfaßt wurden. Von diesen waren am Stichtage 9268 am Ort und 40 auf der Reise arbeitslos; das entspricht einer Arbeitslosigkeit von 0,8 Prozent gegen 0,9 Prozent Ende Januar 1918 und 1,8 Prozent Ende Februar 1917. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit ist bei den weiblichen Gewerkschaftsmitgliedern viel stärker als bei den männlichen. Von den Arbeiterinnen waren im Februar 1917 4,7 Prozent, Ende Januar 1918 2,0 Prozent, Ende Februar 1918 nur 1,9 Prozent arbeitslos; bei den männlichen Gewerkschaftsmitgliedern lauten die entsprechenden Zahlen 0,5, 0,8 und 0,5 Prozent.

Von den zur Industrie der Holz- und Schnitzstoffe zählenden Verbänden berichtet der Bildhauer-Verband für Ende Februar über 842 Mitglieder, von denen 6 oder 0,6 Prozent arbeitslos waren. Der christliche Holzarbeiter-Verband hat bei der Föhlung 5712 Mitglieder, darunter 171 weibliche, erfaßt. Am Monatschluß waren 9 oder 0,2 Prozent arbeitslos. Der Gewerkschaftsverband der Holzarbeiter hat 2597 Mitglieder, darunter 100 weibliche, arbeitslos waren 19 oder 0,9 Prozent. Unser Deutscher Holzarbeiter-Verband figuriert in der Liste mit 92 065 Mitgliedern, von denen 80 979, darunter 71 563 männliche und 18 414 weibliche, von der Föhlung erfaßt wurden. Arbeitslos waren am Schluß des Monats 523 männliche und 222 weibliche, zusammen 747 Mitglieder, zu denen noch 5 Mitglieder auf der Reise kommen. Demnach waren 0,7 Prozent der männlichen und 1,2 Prozent der weiblichen oder zusammen 0,8 Prozent der Mitglieder arbeitslos. Im Januar betrug die Arbeitslosigkeit 1,0 Prozent, im Februar vorigen Jahres war sie ebenso groß. Ueber ihre Vermittlungstätigkeit im Februar haben an das „Reichs-Arbeitsblatt“ 1667 (im Vormonat 1659) Ar-

Soldatenheim und Lesezimmer an der Front.

Die große Offenkamp im Westen dürfte mit mancher Einrichtung, die während des langen Stellungskrieges im Interesse der Soldaten geschaffen wurde, aufgeräumt haben. Auch die Einrichtung, von welcher in den nachfolgenden Seiten der Rede ist, ist vermutlich inzwischen verschwunden. Trotzdem dürfte die Schilderung, die uns kürzlich von einem Kollegen zugeht, dem die Leitung des fraglichen Soldatenheims oblag, bei den Lesern einigem Interesse erregen. Anfang Dezember bezog unser Regiment eine neue Stellung. Das Quartier für das Aufgebot war in einem Orte vier Kilometer hinter der ersten Linie. Hier war ein Soldatenheim, aus Holz erbaut, ein großer Raum — bei Saal für Vorräte und sonstige Veranaltungen — und anschließend ein Lesezimmer. Das ganze „Heim“ sah bei unserer Ankunft recht wenig einladend aus, aber wir hatten ja im Regiment ein besonderes Kommando für alle notwendigen Arbeiten, besonders für Einrichtung von Quartieren usw., fast alles ältere Leute und alle Berufe darin vertreten. Das Aufräumen dauerte nicht lange, und die Tischler waren schon an der Arbeit, Türen, Fenster, Tische und Bänke herzustellen. Ueber dem Eingang zum Lesezimmer prangte das Wort, recht kräftig im Ausdruck: „Allen ist Macht, Bildung macht frei.“ Als Werkstoff diente uns der „Jugend“ und anderen Zeitungen, in den letzten Tagen vervollständigt durch die Photographien von den Verhandlungen in West-Sidowal. So konnte das Lesezimmer bald eröffnet werden mit einer ganz neuen Bibliothek, die aus Mitteln des Regiments und der Detachementkommandeure und durch immer neue Einföhrungen heute bereits über 700 Bände zählt. Auch alle

denkbaren Unterhaltungsspiele wurden angeschafft, so daß sich abends nach beendetem Dienst reges Treiben und gute Unterhaltung entwickelte. Da sitzen zwei Feldwebel, den Kopf in die Hand gestützt, am Schachbrett. Dort wird mit lauter Freude „Poli-Poli“, das Schweinewettlaufen, gespielt, an jenem Tisch sitzen vier junge Feldgrauen beim Schachspiel. Wie hoch? Um ein zehntel Pfennig! Na, dabei kommt ihr kein Königreich verlieren. Elf Spiele sind im Augenblick dieses Schreibens im Gebrauch. Auf manchem Gesicht sieht man wirklich kindliche unverdorrene Freude in diesen wenigen Stunden der Erholung nach dem anstrengenden Dienst in der vorderen Linie dem Feinde gegenüber.

In dem schon durchwärmten Raum gehen die Gedanken in die Heimat, das bezeugen die vielen Briefe und Karten, die hier geschrieben werden. In Leerkoff liegen einige Zeitungen und Zeitschriften auf, die Bücher aus der Bibliothek werden gegen ein Pfand von 1 RM. meist im Quartier gelesen. In der Bücherei ist fast alles vertreten. In etwa sechs Wochen des Bestehens wurden über 2000 Bände ausgeleihen, an manchen Tagen standen bis zu 200 Bände aus; einmal wurden an einem Tage 74 Bände, das war die Höchstzahl, ausgegeben. Die Bibliothek hat also eine sehr starke Verwendung, weil für die Entleihung in der Hauptsache nur das Aufgebot in Frage kommt, daneben noch einige kleinere mehr bodenständige Formationen.

Interessant ist, welche Bände am meisten verlangt werden. „Jolas“, „Germinal“, „Rosens“, „Deutscher Lausub in Amerika“ und „In der Fremdenlegion“ wetteifern mit den Gerschäferschen und den ähnlichen Werken von A. v. Lilien-cren; dann kommen „Ullsteinbücher“, davon vornehmlich

„Sturmzeichen“ und „Die schwere Not“ von Stowronnes, Fischers Romanbibliothek, aber auch Wald- und Dorfgeschichten, nicht zu vergessen Kriminal- und Detektivgeschichten. Die Schriftsteller Thomas und Heinrich Mann, Johannes W. Jensen, Gerhart Hauptmann, Sudermann u. a. werden sehr gern genommen. Wilh. Busch sorgt mit seinen kleinen Schriften nicht nur für Humor des Lesers, sondern auch seiner Zimmerkameraden, er wird ohne Wissen des Büchervorgängers unter der Hand weiterverleihen. Nur wenige Leser finden sich für wissenschaftliche Werte, vaterländische und direkte Kriegsbücher werden fast vollständig abgelehnt. Die kleinen schönen Bände aus der Inselbücherei finden wenig Anklang. — Alles in allem genommen, hat sich in der kurzen Zeit des Bestehens dieser Bücherei gezeigt, daß in Zukunft auch ohne ein Soldatenheim den Truppen Gelegenheit zum Entleihen der Bücher gegeben werden sollte.

Auch noch eine andere neue Einrichtung kam hier in dieser Stellung ins Leben. Es wurden ausführende Vorträge gehalten über die wirtschaftliche und die militärische Lage Deutschlands, Ausföhrungen und Wirkungen des U-Bootkrieges und über das Eingreifen Amerikas in den Weltkrieg. Auch Lichtbildervorträge, alle diese Veranstaltungen abwechslungsreicher gestaltet durch Musik- und Liedervorträge der Regimentsmusik. Das alles ist im Verhältnis zu der Eintönigkeit des Lebens im Stellungskrieg herzlich wenig. In der Etappe und in der Heimat gibt es ja größer und vollständiger eingerichtete Soldatenheime, aber das wenige so nahe an der Front wird von den Soldaten dankbar anerkannt, und entsprach diese Neueinrichtung einem dringenden Bedürfnis. H. M.

beitsnachweise berichtet. Darunter waren 289 (263) Fehlmeldungen von Arbeitsnachweisen, die im Berichtsmonat keine Tätigkeit entfaltet haben. Die Zahl der Arbeitsuchenden hat sich gegenüber dem Vormonat bei beiden Geschlechtern vermindert; auch die Zahl der offenen Stellen ist, wenn auch in geringerem Maße, zurückgegangen. Infolgedessen trat eine Verbesserung auf dem Arbeitsmarkt ein. Auf je 100 offene Stellen kamen bei den männlichen Arbeitern 58 Arbeitsuchende gegen 62 im Januar und 62 im Vergleichsmonat des Vorjahres. Auf dem Arbeitsmarkt der Arbeiterinnen betrug die Andrangsziffer im Februar 93 gegen 99 im Januar und 112 im Februar des Vorjahres.

In der Industrie der Holz- und Schnitzstoffe ist die Lage des Arbeitsmarktes günstiger als im Gesamt Durchschnitt. Bei den männlichen Arbeitern kamen 3318 (im Januar 4187) Arbeitsuchende auf 7225 (6144) offene Stellen, das sind 49 Arbeitsuchende auf 100 offene Stellen gegen 60 im Januar und ebensoviel im Februar vorigen Jahres. Besetzt wurden 2420 (2738) Stellen. Bei den weiblichen Arbeitern kamen 643 (800) Arbeitsuchende auf 683 (834) offene Stellen. Das sind 109 Arbeitsuchende auf 100 offene Stellen gegen 101 im Januar und 93 im Februar vorigen Jahres. Besetzt wurden 634 (im Vormonat 662) Stellen. Hier ist also eine Verschlechterung eingetreten.

Bei der Beurteilung der Berichte von den Arbeitsnachweisen muß beachtet werden, daß die angegebenen Zahlen der Arbeitsuchenden und der offenen Stellen mit den tatsächlichen Verhältnissen nicht übereinstimmen und auch nicht übereinstimmen können. Jeder Arbeitsuchende wird so oft gezählt, als er sich beim Nachweis meldet. Wer also im Berichtsmonat wiederholt vermittelt wurde, wird ebenso oft als Arbeitsuchender gezählt. Ebenso werden die noch in Arbeit Stehenden, die sich beim Arbeitsnachweis melden, gezählt. Zu berücksichtigen ist ferner, daß viele Arbeitslose und offene Stellen gleichzeitig bei mehreren Arbeitsnachweisen gemeldet und an jeder Stelle gezählt werden. Die Zahl der Arbeitsuchenden in der Arbeitsnachweistatistik ist also keineswegs gleichbedeutend mit der Zahl der Arbeitslosen, und die Zahl der offenen Stellen ist in Wirklichkeit kleiner als angegeben. Trotzdem ist diese Statistik wertvoll zur Beurteilung der Lage auf dem Arbeitsmarkt. Nur darf man kein zu großes Gewicht auf die absoluten Zahlen legen. In Betracht kommt hauptsächlich das Verhältnis zwischen der Zahl der Arbeitsuchenden und der offenen Stellen. Die sich hierbei von Monat zu Monat ergebenden Schwankungen sind in Verbindung mit den Ergebnissen anderer Beobachtungen ein wertvolles Mittel, um die Schwankungen am Arbeitsmarkt zu beurteilen.

Soweit in den textlichen Berichten der verschiedenen Arbeitsnachweiser Verbände die Holzarbeiter besonders erwähnt sind, sei hier das wesentliche wiedergegeben:

Der Arbeitsnachweiserband für Westpreußen berichtet, daß im Holz- und Möbeldgewerbe die Nachfrage nach gelernten Arbeitern auch weiterhin das Angebot erheblich überwiegt; auch die Nachfrage nach ungelernten Arbeitern konnte nicht befriedigt werden. Die Zentralaustunftsstelle für den Arbeitsmarkt in Mecklenburg-Schwerin berichtet im Hinblick auf Ostpreußen: „Im Holzhandel wurde der lebhaftesten Nachfrage nach inländischem Holz genügt. Die Sägereibetriebe fanden nach Freigabe von Eisenbahnwagen zur Beförderung von Rundholz reichlich Beschäftigung.“ Der Arbeitsnachweiserband Posen berichtet, daß starker Mangel an Facharbeitern bestand. Besonders groß und nicht zu decken war die Nachfrage in der Holzindustrie. Der Verband märkischer Arbeitsnachweise berichtet für Berlin und die Provinz Brandenburg, daß sich im Holz- und Schnitzstoffgewerbe gegen den Vormonat keine Veränderung bemerkbar machte. Drechsler wurden vielfach verlangt, während in der Korbmacherei Holzstoffmangel die Arbeitsverhältnisse ungünstig beeinflusste. In der Provinz Sachsen und in Anhalt hat sich in der Holzindustrie die Nachfrage auf der gleichen Höhe wie im Vormonat gehalten; sie überstieg wieder das Angebot von Arbeitskräften erheblich. In den thüringischen Staaten machte sich im Holzgewerbe der Mangel an gelernten Arbeitern verstärkt bemerkbar. Im Bereich des Generalkommandos des X. Armeekorps, umfassend Hannover, Braunschweig, Oldenburg, Bremen und Schaumburg-Lippe, fehlte es in der Holzindustrie an Facharbeitern. Die Zentrale für Arbeitsnachweise in Bremen berichtet über die Holzindustrie: „Die Nachfrage nach Arbeitskräften hat sich im Vergleich zum Vormonat erheblich gesteigert, besonders in der Möbelfabrikation, so daß ein Teil der offenen Stellen nicht besetzt werden konnte.“ Für Hessen, Hessen-Nassau und Waldeck berichtet der Mitteldeutsche Arbeitsnachweiserband: „Im Holzgewerbe waren die Anforderungen von größeren Möbelfabriken ziemlich bedeutend. Möbelschreiner fanden etwas reichlicher zu Gebote als im Vormonat. In Westfalen und Lippe war die Lage im Holzgewerbe im allgemeinen unverändert. Es fehlte an Facharbeitern. Im Bericht aus dem Rheinland heißt es: „Im Holz- und Schnitzstoffgewerbe hat sich das Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage zu Ungunsten der letzteren noch weiterhin verschlechtert. Sehr gesucht waren Bauschreiner, ferner Schreiner für Riffenfabriken und Maschinenarbeiter für Sägewerke. Daneben machte sich allerdings auch der Mangel an Holzstoffen bemerkbar, so daß auf dem Arbeitsmarkt Möbel- und Kunstschreiner sowie Korbmacher häufiger als Arbeitsuchende auftraten.“ Für Bayern berichtet das Statistische Landesamt, daß es der Möbelindustrie an gelernten Arbeitern fehlt; in der Korbwarenindustrie herrscht die Meinung, daß bei einer besseren Versorgung Bayerns mit Weiden dem dringendsten Bedarf an diesem Material zur Herstellung von Korbwaren für den privaten Bedarf Genüge geleistet werden kann. Nach den Wahrnehmungen des Verbandes bayerischer Arbeitsämter ist in der Holzindustrie die Beschäftigungsmöglichkeit größer geworden. Beim städtischen Arbeitsamt Nürnberg besteht Mangel an gelernten Arbeitern in der Industrie der Holz- und Schnitzstoffe. In München ist empfindlich, aber immerhin geringer als im Vormonat der Mangel an Schreiner- und Korbmachern. Aus Baden meldet das Statistische

Landesamt, daß es im Holz- und Schnitzstoffgewerbe in Freiburg, Karlsruhe, Konstanz und Mannheim sehr an den einschlägigen Arbeitskräften, insbesondere an Schreineren fehle.

Soziales.

Aus dem Reichstag.

Der Reichstag hat seine Osterferien angetreten, nachdem er zuvor einige wichtige Entscheidungen gefaßt hat. Von den Fragen, welche die Volksvertretung in den letzten Wochen beschäftigt haben, verdient die Neueinteilung der Wahlkreise besondere Beachtung. Diese Regierungsvorlage, die ein Teil der sogenannten Neuorientierung sein soll, ist eine Halbheit. Die Ungleichheit der Reichstagswahlkreise, die durch die Verschiebung der Bevölkerung eingetreten ist, wird durch die Vorlage nur in unvollkommenem Maße ausgeglichen. Die Zahl der Abgeordneten soll von 397 auf 441 erhöht werden. In der Hauptsache soll die Zahl der Abgeordneten in den Großstädten und in den Industriebezirken vermehrt werden dadurch, daß die Städte, die jetzt schon mehrere Abgeordnete wählen, künftig je einen Wahlkreis mit einer größeren Zahl von Abgeordneten bilden, die nach dem Proporz zu wählen sind. Der Umstand, daß nach dieser Reform die Arbeiter voraussichtlich eine größere Zahl von Abgeordneten erlangen, kann über die Unzulänglichkeit der Neuordnung nicht hinwegtäuschen. Die Zahl der Wähler, auf die ein Abgeordneter kommt, bleibt auch nachher noch sehr unterschiedlich, und dazu tritt die neue Ungerechtigkeit, daß durch die Einführung der Verhältniswahl in den Großstädten und den Industriebezirken die meist rechts gerichteten Minderheiten in diesen Bezirken eine Vertretung erlangen, während die Minderheiten in den übrigen Wahlkreisen nach wie vor unberücksichtigt bleiben. Der Gesetzentwurf wurde dem Verfassungsausschuß überwiesen, wo er vielleicht noch eine Abänderung erfahren wird.

Durch die Aenderung des Postgesetzes, die der Reichstag beschlossen hat, soll der bargeldlose Zahlungsverkehr gefördert werden. Der Briefverkehr der Kontoinhaber mit dem Postfachamt soll portofrei sein und die Ueberweisungsgebühr wird nicht mehr erhoben, dafür wird aber die Portofreiheit der Einzahlungen durch Zahlkarten fortfallen. Die Mittelstandsinterpellation, die den Reichstag in zwei Sitzungen beschäftigte, förderte eine Menge Klagen über die Mängel des Mittelstandes zutage. Durch die Zusammenlegung der Betriebe und andere Kriegsmassnahmen ist der Mittelstand allerdings schwer geschädigt worden. Die Mittelstandsretter sind gegen jede Fesselung des Wirtschaftslebens durch staatliche Eingriffe, verlangen aber dringend nach staatlicher Unterstützung. Die Regierung hatte für diese Bestrebungen freundliche Worte, aber sie wird auch beim besten Willen den Gang der wirtschaftlichen Entwicklung nicht aufhalten können. Die Aufhebung des Mittelstandes im Handwerk und im Handel ist durch den Krieg stark gefördert worden, und selbst durch eine künstliche Aufpufferung wird diese absterbende Wirtschaftsschicht nicht zu einer neuen Blüte erweckt werden können.

Das Gesetz über die Veranstaltung von Lichtspielen wurde nach der ersten Lesung einer Kommission überwiesen. Der Zweck dieses Gesetzes soll es sein, erzieherisch zu wirken, indem die Veranstaltung von Lichtspielen von der polizeilichen Erlaubnis abhängig gemacht wird. Ob dieses Mittel besonders geeignet ist, den Zweck zu erreichen, muß dahingestellt bleiben. Das Etatsnotgesetz, die vorläufige Ermächtigung der Regierung, die Geschäfte weiterzuführen, ist eigentlich nur eine Formalität, die sich daraus ergibt, daß der Reichstag mit der Durchberatung des Etats nicht vor dem 1. April fertig wird. Die Bewilligung erfolgte ohne nennenswerte Debatte gegen die Stimmen der unabhängigen Sozialdemokraten. Den Fall Daimler haben wir bereits auf Grund der im Hauptausschuß des Reichstages gepflogenen Verhandlungen besprochen. Die Ueberverteilung des Reiches durch diese Firma, die betrügerischen Maßnahmen, die der Direktor Verge anwendete, um den Gewinn zu verschleiern und höhere Preise von der Heeresverwaltung herauszupressen, seine landesverräterische Drohung mit Produktionsbeschränkung, wenn den Forderungen der Firma nicht willfahrt wird, alle diese Dinge wurden am 20. März noch einmal im Plenum des Reichstages verhandelt. Dabei kam auch die bekannte Tatsache zur Sprache, daß die Motorenfirma Daimler durchaus nicht die einzige ist, die sich solcher Mittel bedient, um Reichsgewinne auf Kosten der Steuerzahler einzuheimsen. Der Hauptausschuß hat beschlossen, den Reichstag die Annahme wirksamerer Maßnahmen zur Ueberwachung der für den Heeresbedarf arbeitenden Betriebe zu empfehlen. Es wäre zu begrüßen, wenn es der Heeresverwaltung gelänge, mit Hilfe der neuen Vollmachten den Kriegsgewinnern wenigstens einen Teil ihrer Beute wieder abzugewinnen.

Vor einer sehr schwierigen Entscheidung wurde die Sozialdemokratie angesichts der Forderung eines neuen Kriegskredits von 15 Milliarden Mark gestellt; war doch auch gleichzeitig Stellung zu nehmen zu dem Friedensschluß mit Rußland und Finnland. Für die Unabhängigen war natürlich die Stellungnahme leicht; als Oppositionspartei aus Prinzip, die jede Forderung grundsätzlich ablehnt, war die Ablehnung auch dieser Forderungen für sie selbstverständlich. Anders für die Sozialdemokratie, die sich der auf ihr lastenden Verantwortung bewußt ist. Der mit Rußland abgeschlossene Friedensvertrag ist von einem Verständigungsfrieden, wie wir ihn fordern, weit entfernt. Rußland ist gezwungen worden, auf große Gebiete zu verzichten. Es ist zu befürchten, daß die Wiederherstellung eines freundschaftlichen Verhältnisses zu Rußland für lange Zeit ausgeschlossen ist. Der Gedanke, daß man in Rußland darauf sinnen wird, für die erlittene Demütigung Rache zu nehmen, und daß infolgedessen auch Deutschland gezwungen sein wird, dem Militarismus weiter zu opfern, um sich für den kommenden Krieg vorzubereiten, ist naheliegend. Nach allem, was man bisher über die Geschichte der von Rußland abgetrennten Randvölker erfahren hat, hat es den Anschein, als beabsichtige man, sich über das ihnen in Aussicht gestellte Selbstbestimmungsrecht hinwegzusetzen. Die Verhältnisse sind noch nicht völlig klar, aber viele Anzeichen deuten darauf

hin, daß einflußreiche Kreise darauf drängen, in offener oder versteckter Weise dort Annexionen zu machen. Kurz, der Friedensvertrag mit Rußland ist ein so unerfreuliches Dokument, daß das vielfach laut gewordene Verlangen, ihn abzulehnen, begreiflich erscheint.

Der Politiker darf sich aber nicht von seinen Gefühlen allein leiten lassen, er muß die Folgen seines Tuns mit kühlem Verstand wägen. Bei entscheidenden Abstimmungen darf sich eine ihrer Verantwortung bewußte Partei nicht darauf verlassen, daß ihr Votum nicht ausschlaggebend ist, sondern sie muß stets so stimmen, als wenn von ihrer Stimme die Entscheidung abhängt. Würde der Friedensvertrag abgelehnt, dann bedeutet das die Aufforderung an die Regierung, den Krieg fortzusetzen. Das ist ein sehr wichtiges Moment. Dazu kommen aber noch andere. Von der Abstimmung der Sozialdemokratie hängt die künftige politische Konstellation im Innern ab. Bei der Durchführung des innerpolitischen Reformprogramms sind sehr starke Widerstände zu überwinden. Die Konservativen, gestützt von einflußreichen Militärs, man denke nur an den weitreichenden Einfluß der Vaterlandspartei und ihrer Führer, wollen das Schiff der Innere und der äußeren Politik in ganz andere Richtung lenken. Mit Sehnsucht erwarten sie den Augenblick, an dem die jetzige Reichstagsmehrheit zusammenbricht und sie wieder das Steuer des Staates ergreifen können. Wäre es zu verantworten, den Volksfeinden so in die Hände zu arbeiten? Für die Kreditvorlage kommt überdies in Betracht, daß die Westmächte unzuverlässig zu erkennen gegeben haben, daß sie an ihren Eroberungsplänen festhalten und von keiner Verständigung etwas wissen wollen. Ihnen gegenüber befindet sich Deutschland noch immer im Stände der Notwehr, und dementsprechend haben die Sozialdemokraten die Kriegskredite bewilligt. Bei der Abstimmung über den Frieden mit Rußland haben sie sich dagegen der Stimme enthalten. Diese Abstimmung ist keine völlig befriedigende Lösung. Nach den vorausgegangenen Preßdiskussionen ist anzunehmen, daß die Ansichten in der Fraktion sehr geteilt waren. Der Beschluß der Stimmenthaltung war offenbar ein Kompromiß, zu welchem man als letzten Ausweg ge-griffen hat.

Mit der Verabschiedung des deutsch-russischen Friedensvertrages ist übrigens das Schicksal der Randvölker noch nicht entschieden. In einer Resolution hat der Reichstag verlangt, daß dem Selbstbestimmungsrecht von Polen, Litauen und Kurland Rechnung getragen und die Volksvertretungen auf eine breitere Grundlage gestellt werden. Hoffentlich finden diese Wünsche des Reichstages mehr Beachtung, als das hinsichtlich seiner Wünsche über die Gestaltung des Friedens mit Rußland der Fall war. — Nach Erledigung dieser Angelegenheiten vertagte sich der Reichstag bis zum 16. April.

Die Brotaktion der Selbstversorger.

Die versorgungsberechtigte Bevölkerung erhält zurzeit auf den Kopf und Monat 6 1/2 Kilogramm Brotgetreide, während die Selbstversorger im Monat 8 1/2 Kilogramm auf den Kopf verbrauchen durften. Durch eine Bundesratsverordnung vom 21. März ist auch die Verbrauchsmenge der Selbstversorger auf 6 1/2 Kilogramm herabgesetzt worden. Diese Maßnahme ist notwendig geworden, um die Gesamtbevölkerung aus den Vorräten alter Ernte bis zum Eingang genügender Zufuhren aus den besetzten Gebieten und aus der Ukraine sowie bis zum Einsetzen des Frühdruses zu versorgen. Der schwerarbeitenden Landbevölkerung sollen während der Bestellzeit und während der Ernte Zulagen gewährt werden. Für die auf Grund dieser Verordnung abgelieferten Getreidemengen erhalten die Landwirte die vor dem 1. März 1918 geltenden vollen Höchstpreise. — Diese Beschränkung der Brotaktion wird, sofern sie durchgeführt wird, bei den Landwirten keine Freude auslösen. Aber sicher ist diese Lösung richtiger, als wenn man wieder versucht hätte, der städtischen Bevölkerung die ohnehin knappe Brotaktion noch weiter zu verkürzen.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 14. Wochenbeitrag für das Jahr 1918 fällig geworden.

Im Postfachverkehr sind durch Gesetzesänderung vom 1. April an wichtige Aenderungen eingetreten. Die Zahlstellenkassierer bitten wir, zu beachten, daß nunmehr Geldsendungen auf Zahlkarten portopflichtig sind. Das Porto beträgt für Sendungen bis 25 Mk. 5 Pf., für Sendungen über 25 Mk. 10 Pf. Einzahlungen auf Postanweisungen müssen in der seitigen Weise frankiert werden.

Nachstehend verzeichnete Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

- 575075 John Günther, Schneidemüller, 7. 3. 00 zu Memel.
- 579242 Martin Pleinis, Holzarb., 24. 8. 94 zu Schillgallen.
- 687759 Emil Döring, Schl., geb. 20. 9. 93 zu Endwigsdorf.
- 751822 Martin Stage, Stellm., geb. 4. 8. 98 zu Reppitz.
- 812065 Konr. Gurski, Holzarb., geb. 19. 2. 00 zu Danzig.

Berlin S.O. 16, Am Köpenicker Park 2.

Der Vorstand.

Aus der Holzindustrie.

Bekämpfung der Arbeitszeit.

Eine Frage und Antwort.

Der neuesten Nummer des „Bulletin der Internationalen Union der Holzarbeiter“ entnehmen wir den folgenden Briefwechsel:

Amsterdam, 13. Dezember 1917.

Werter Kollege Leihar!

Vom Hauptvorstand unseres Möbelarbeiter-Verbandes ist mir der Auftrag geworden, auf unserem bevorstehenden

Kongress einen Vortrag zu halten über „Arbeitszeitverkürzung in der Möbelindustrie“.

1. Ist nach Ihrer Meinung zu erwarten, daß die Arbeitgeber nach dem Kriege versuchen werden, die Arbeitszeit zu verlängern...

2. Meinen Sie nicht, daß es für die Arbeiterklasse nach dem Kriege sehr notwendig wäre, mehr denn je für eine Verkürzung der Arbeitszeit einzutreten?

3. Besteht nach Ihrer Meinung Grund zu der Annahme, daß nach dem Kriege, wenn erst ein mehr normaler Zustand wieder hergestellt ist, das Tempo, in welchem nach einer Krise der Produktionsprozess zur Ueberproduktion führt, ein beschleunigtes sein wird?

Mit kameradschaftlichem Gruß C. Woudenberg, Sekretär.

Berlin, 22. Dezember 1917.

Werter Kollege Woudenberg!

Die Verhältnisse werden nach dem Kriege nicht in allen Ländern völlig gleich sein. Auch innerhalb jedes Landes werden Unterschiede zwischen den einzelnen Industrien bestehen.

Es ist wahrscheinlich, daß die Unternehmer nach dem Kriege, besonders in den kriegsführenden Ländern, sich einer Arbeitszeitverkürzung noch mehr als früher widersetzen werden.

Über die Arbeiter und ihre gewerkschaftlichen Führer werden natürlich diese Einwendungen der Unternehmer nicht gelten können. Denn der Krieg hat nicht nur Menschenverluste zur Folge gehabt...

Alle Gründe, die schon vor dem Kriege so oft und immer wieder für eine allgemeine und starke Verkürzung der Arbeitszeit angeführt worden sind, gelten auch weiter für die Zeit nach dem Kriege.

Daß nach dem Kriege schneller als sonst nach einer wirtschaftlichen Krise eine Ueberproduktion eintreten wird, ist nicht anzunehmen. Denn noch in keiner früheren Krise ist eine solche allgemeine Erschöpfung der Vorräte eingetreten wie in diesem gewaltigen Weltkriege.

Durch den Kampf mit Ueberzeugung und Entschlossenheit geführten Kampf der Gewerkschaften für kürzere Arbeitszeit und höheren Lohn wird das Kulturniveau der Volksmassen gehoben...

In der Hoffnung, mit diesen kurzen Ausführungen Ihre Wünsche befriedigt zu haben, verbleibe ich mit brüderlichem Gruß E. J. Seipart.

Aus den Jahresberichten der Zahlstellen.

Die Zahlstelle Hamburg bietet in ihrem Jahresbericht eine Fülle interessanter Materials. Einleitend wird auf die starke Zunahme der Frauenarbeit hingewiesen...

Aus der ausführlichen Berichterstattung über die Lohnbewegungen ergibt sich, daß wohl in allen Berufsgruppen eine Erhöhung der Löhne eingetreten ist, allerdings nicht in gleichem Maße.

Das Verhältnis zwischen unserem Verband und dem Arbeitgeber-Schutzverband in Hamburg ist wenig erfreulich. Die Herren vom Schutzverband haben eine eigenartige Auffassung von ihren Vertragspflichten.

Die Ausnahme über den Beschäftigungsgrad ergab, daß von 1066 Vertriebenen, die vor dem Krieg vorhanden waren, im Dezember 1915 nur noch 614 Arbeiter beschäftigt waren.

Die Zahl der Mitglieder stieg im Jahre 1917 von 2972 auf 3343, und zwar die der männlichen Mitglieder von 2755 auf 2966, die der weiblichen von 217 auf 380.

Ausbruch des Krieges war. Hervorgehoben zu werden verdient, daß die Zahlstelle im verfloßenen Jahre mehr Mitglieder aufgenommen hat als in jedem anderen der vorausgegangenen zehn Jahre.

Staatliche Lehrwerkstätten.

In Posen sind staatliche Lehrwerkstätten für Metall- und Holzarbeiter eingerichtet und der staatlichen Fortbildungs- und Gewerbeschule unterstellt worden.

Gewerkschaftliches.

Der Bäder-Verband hat, wie wir mitgeteilt haben, seinen Verbandstag auf den 6. Mai nach Leipzig berufen. Der Verbandsauschuß ist damit nicht einverstanden.

Im Hutmacher-Verband hat eine Urabstimmung über die Erhöhung der Beiträge stattgefunden. Die Fragestellung war etwas kompliziert, daher erklärt es sich wohl, daß 863 ungültige Stimmen abgegeben wurden.

Im Tabakarbeiter-Verband hat die vorgenommene Urabstimmung die Annahme der Vorschläge des Vorstandes ergeben. Von rund 27 000 Mitgliedern haben sich 15 800 an der Abstimmung beteiligt.

Der Zimmerer-Verband veröffentlicht seine Jahresabrechnung für 1917. Die Mitgliederzahl betrug am Jahreschluss 18 751, das sind um 630 mehr als zu Beginn des Jahres.

Literarisches.

Die Neue Zeit. Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie. Verlag von J. H. W. Dietz Nachf. G. m. b. H. Stuttgart.

Die Glode, Sozialistische Wochenschrift. Herausgeber: Farcus (Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H., Berlin S.W. 68).

Haus, Garten, Feld. Ein Führer durch Garten, Haus und Hof für Garten- und Blumenfreunde, Tierzüchter und Tierfreunde, Haus und Familie.

Geftorbene Mitglieder. Karl Zimmermann, Schneider, 54 J., gest. in Stuttgart. Ernst Schmidtpeier, Schneider, 64 Jahre, gest. in Stuttgart.

Sucht ein tüchtiger Tischler. Gebr. Heiß, Hamburg, Elisenstraße 7, II. Schneidemüller für Bollgatter zu baldigem Antritt gesucht.

Kleine Holzarbeiten! Zu vergeben ist die Herstellung mehrerer Millionen kleiner Holzklößen in Linde, Ahorn, Weiß- od. Rothbuche.

TISCHLER-FACHSCHULE DETMOLD. Ausbildung zum Meister, Werkmeister und Zeichner in kurzfristigen Kursen.